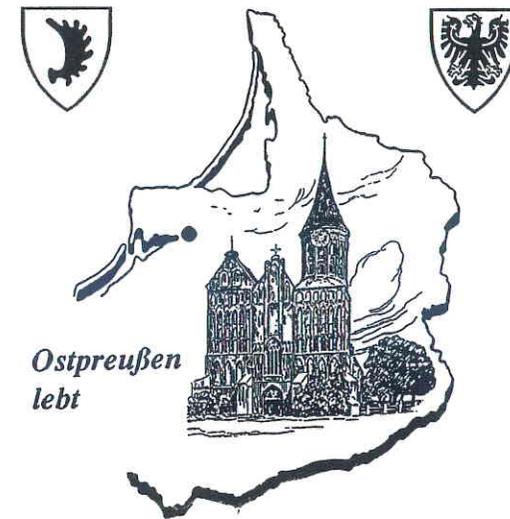


Ostpreußen lebt

Rede des Sprechers

der LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN

Wilhelm v. Gottberg



anlässlich des
Deutschlandtreffens der Ostpreußen

am 17. und 18. Mai 1997
in Düsseldorf

Ostpreußen lebt

Rede des Sprechers

der LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN

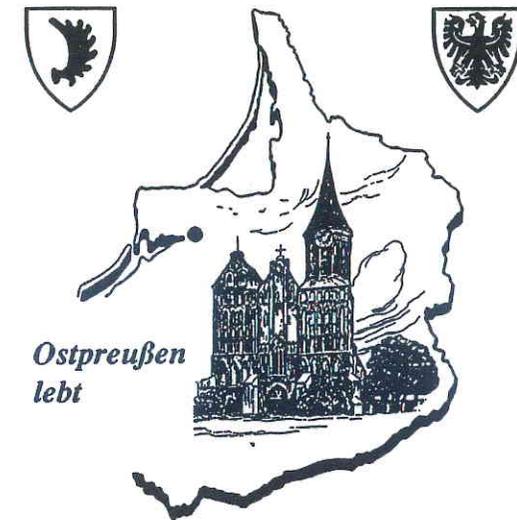
Wilhelm v. Gottberg

Meiner Mutter gewidmet

Gertrud v. Gottberg, geb. Freiin v. d. Goltz

* 2. 11. 1908 Mertensdorf/Ostpr.

† 22. 3. 1997 Karwitz/Nieders.



anlässlich des
Deutschlandtreffens der Ostpreußen

am 17. und 18. Mai 1997
in Düsseldorf



Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

*Meine sehr verehrten Damen, meine Herren,
liebe ostpreußische Schicksalsgefährten,*

Ostpreußen lebt! Jeder Gast, jeder Besucher erfährt es an diesem Wochenende hier in dieser schönen Stadt Düsseldorf.

Ostpreußen lebt - dies wird eindrucksvoll bewiesen durch die Tatsache, daß Ostpreußen nicht nur in Ostpreußen ist, sondern auch da, wo Ostpreußen versammelt sind.

Ostpreußen lebt! Die Landsmannschaft Ostpreußen als Veranstalterin und Gastgeberin dokumentiert in den zahlreichen Veranstaltungen dieses Wochenendes, daß sie eine lebendige Gemeinschaft ist, die heute und auch morgen bedeutsame politische, kulturelle und wissenschaftliche Aufgaben für Ostpreußen, für die Bundesrepublik Deutschland und für Europa wahrzunehmen hat.

Die Ausstellungen, die Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, die Stände der verschiedenen Organisationen und nicht zuletzt unsere Gäste aus der dreigeteilten Heimat mit ihren spezifischen Darbietungen beweisen: Im Mittelpunkt unseres Wirkens steht Ostpreußen. Jede Ostpreußin, jeder Ostpreuße und alle Freunde Ostpreußens wissen, Ostpreußen ist und bleibt Ostpreußen.

Sein Status ist unwandelbar. Ostpreußen lebt, das müssen auch die zur Kenntnis nehmen, die immer nur vom ehemaligen oder früheren Ostpreußen oder gar vom untergegangenen Ostpreußen reden. Der damit zum Ausdruck gebrachten Geisteshaltung liegt ein rückwärts gerichtetes Denken zugrunde, das in den Kategorien Vergangenheitsbewältigung und würdeloser Vorleistungspolitik früherer Jahrzehnte stehengeblieben ist. Tatsache ist, daß mit einer solchen Geisteshaltung eine gesamteuropäische Zukunftsperspektive in Frieden und Freiheit nicht zu erreichen ist. Vor

lauter Vergangenheitsbewältigung wird versäumt, die Zukunft zu bewältigen. Ostpreußen ist unsere Heimat, und von dieser maßgeblich durch Deutsche geprägten liebenswerten europäischen Kulturlandschaft werden wir nicht lassen.

Wahr ist, daß das äußere Antlitz Ostpreußens durch die neuen Machthaber in den Jahrzehnten nach Kriegsende mehr oder weniger stark verunstaltet wurde. Damit wurde der Versuch unternommen, dem Land eine - wie ich es nenne - neue Identität zu geben. Dieser Versuch ist gescheitert, in einigen Regionen des Königsberger Gebietes aber geglückt.

Die entscheidenden Maßnahmen dazu waren die Massenausreibung der angestammten Bewohner sowie damit verbunden der Völkermord an den Ostpreußen. Der Völkermord in Form der Massenausreibung der Ost- und Sudetendeutschen und der ebenfalls betroffenen deutschen Volksgruppen in Südosteuropa war bezüglich der Dimension - unstrittig ist eine zweistellige Millionenanzahl - bisher einmalig in der Menschheitsgeschichte.

Verantwortlich dafür waren nicht die neuen Bewohner Ostpreußens, die einfachen Menschen in den Städten und Dörfern, seien es Polen, Ukrainer, Litauer, Russen oder andere. Das soll hier ausdrücklich angemerkt werden.

Verantwortlich für die Verbrechen an den Ost- und Sudetendeutschen waren die Menschen, die sich in den Dienst der stalinistischen Sowjet-Ideologie und in den Dienst des extremen polnischen und tschechischen Nationalismus stellten, der in seinen Auswüchsen dem deutschen Chauvinismus der NS-Zeit ebenbürtig war. Verantwortlich waren auch die Staats- und Regierungschefs der westlichen Siegermächte durch ihr Mitwirken in Jalta und Potsdam. Sie tragen die Hauptverantwortung für die 45jährige Teilung Europas und die Zwangsbolschewisierung Ostmitteleuropas. Die Staatschefs, die Diplomaten der westlichen Siegermächte hätten das verhindern können. Es ist nicht so, daß sie nicht wußten, wer ihr Partner bei den in Teheran, Jalta und Potsdam getroffenen Abkommen war. Ich erwähne das, weil es heute Mode geworden ist, die Deutschen für alles Elend in Europa nach Kriegsende, bis hin zu den heute noch ungelösten Fragen im bilateralen Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen, Deutschen und Polen, Deutschen und Russen verantwortlich zu machen.

Der große, leider schon verstorbene polnische Humanist Jan Josef Lipski stellte dagegen schon 1981 fest, daß das den Polen von Deutschen zugefügte Böse keine Rechtfertigung sein darf für das Böse, das Polen anderen zugefügt haben. Mögen die heute maßgeblichen politischen Repräsentanten in der Bundesrepublik, in Tschechien, in Polen auch zu dieser Erkenntnis gelangen.

Mehr als 52 Jahre nach Beginn von Flucht, Deportation und Vertreibung der Ostpreußen und der Ostdeutschen insgesamt, hat sich bei vielen die Erkenntnis durchgesetzt, daß die ungelösten Fragen der Vertriebenen keine biologische Lösung finden können. Die Unrechtsfolgen der Vertrei-

bung der Ostdeutschen finden nicht an dem Tag ihre Erledigung, an dem der letzte der Erlebnisgeneration die Augen schließt. Das Unrecht der Vertreibung besteht bis zu dem Tag, an dem die Unrechtsfolgen beseitigt werden. Dies geschieht durch wahrheitsgemäße Aufarbeitung, durch ein Bekenntnis der Täter zur Schuld und durch die Bereitschaft zur Wiedergutmachung. Entscheidendes hierzu haben die Vertreterstaaten bisher nicht geleistet, noch haben diese und frühere Bundesregierungen, die Europäische Union, der Europarat und die Vereinten Nationen dies ständig und nachhaltig gefordert.

Die Ostpreußen fragen sich, auf welcher rechtlichen Grundlage der weitere Zusammenschluß der europäischen Staaten erfolgen kann, wenn das Völkerrecht und das geltende europäische Recht gegenüber den vertriebenen Deutschen keine Anwendung finden soll.

Meine Damen und Herren,

eine Entwicklung, die Schlimmes für die Zukunft befürchten läßt, ist mit der deutsch-tschechischen Deklaration erneut deutlich geworden. Dem überwiegenden Teil der politischen Klasse in der Bundesrepublik ist die Sensibilität für Recht und Gerechtigkeit abhanden gekommen. Nur so ist es zu erklären, wenn, wie geschehen, das deutsche Parlament mit großer Mehrheit die deutsch-tschechische Deklaration verabschiedet, in der es u. a. heißt, daß die Bundesregierung die Auffassung der tschechischen Seite zur rechtlichen Beurteilung der Vertreibung der Sudetendeutschen respektiere. Damit wird auch das schändliche Benesch-Dekret vom 8. Mai 1946 respektiert, obwohl die Bundesregierung erklärt, daß sie zu den strittigen Fragen der Vergangenheit eine andere Rechtsauffassung habe. Das besagte Benesch-Dekret, welches allen Rechtsnormen Hohn spricht, wurde ein Jahr nach Kriegsende verabschiedet und im Frühjahr 1995 vom tschechischen Verfassungsgericht erneut bestätigt.

Meine Damen und Herren,

damit Sie wissen, worüber wir reden: In besagtem Dekret werden Mord, Totschlag, Raub, Vergewaltigung, begangen an wehrlosen Deutschen und Ungarn, zu geltendem Recht erklärt. Im Hinblick auf das zusammenwachsende Europa, im Hinblick auf die nachwachsenden Generationen erfüllt es uns mit großer Sorge, wenn immer wieder das Recht der Politik untergeordnet wird.

Die an diesem Pfingstweekenende in Düsseldorf versammelten Ostpreußen schreiben den gesellschaftlich relevanten Gruppen in unserer Republik nachdrücklich in das Stammbuch:

1. Nur Gerechtigkeit schafft Frieden.
2. Das gemeinsame vereinte Europa kann nur auf der Grundlage der durch Christentum und Humanismus geprägten Rechtsnormen des europäischen Kulturkreises entstehen.

Dekrete, wie das von Benesch, auch für Polen gibt es noch gültige analoge Bestimmungen - z.B. das Gomulka-Dekret vom 8. März 1946 -, haben da keinen Platz. Wann endlich begreifen das die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft?

Die Ostpreußen stellen fest, daß die deutsch-tschechische Deklaration weder auf einer wahrheitsgemäßen Geschichtsdarstellung beruht noch Aussagen zur Beseitigung fortdauernden Unrechts und zum Recht auf die Heimat macht. Wir bedauern mit den Sudetendeutschen diesen Umstand und erklären uns mit ihnen solidarisch.

Immer wieder wird uns von den Parteien PDS und Grüne vorgeworfen, wir würden die Versöhnung mit den Nachbarvölkern im Osten behindern, wir wären revanchistisch, wir würden den Frieden gefährden und an Polen und Rußland Gebietsansprüche stellen. Diese Vorwürfe sind so absurd wie verlogen und böse. Es schmerzt uns aber auch, wenn einzelne Repräsentanten der Verfassungsorgane meinen, - ich nenne hier die Bundestagspräsidentin - uns schulmeisterlich belehren zu müssen, die Versöhnung mit den Nachbarn nicht zu behindern und die aus dem Osten entgegengestreckte Hand doch endlich zu ergreifen. Derartige Äußerungen zeugen von einer erschreckenden Ahnungslosigkeit hinsichtlich der Haltung des Bemühens und des Wirkens der Heimatvertriebenen seit der Verabschiedung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen im Jahre 1950. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Das friedensstiftende Wirken der Heimatvertriebenen und nicht zuletzt der Ostpreußen ist beispiellos in der Menschheitsgeschichte. Wann endlich erkennen das die Bundestagspräsidentin, der Bundespräsident, die Bundesregierung, die Parteien, die Kirchen, die überstaatlichen Organisationen bis hin zum Friedensnobelpreiskomitee und ehren die Heimatvertriebenen Ostdeutschlands durch die Verleihung des Friedensnobelpreises?

Gudrun Schmidt, Redakteurin beim WDR, hat vor einiger Zeit die Rolle der Heimatvertriebenen in dankenswerter Klarheit skizziert. Sie schreibt: „Es gibt wohl kaum eifrigere Brückenbauer zwischen dem Westen und dem europäischen Osten und Südosten als die vielen Heimatvertriebenen und Aussiedler. Wer schließt Freundschaft mit den Polen, den Tschechen, den Russen, den Rumänen? Wer engagiert sich am meisten, wenn Hilfsgüter organisiert werden sollen? Wer renoviert Kirchen, Baudenkmäler und Museen, richtet Schulen und Bibliotheken ein, stellt Wallfahrtsstätten wieder her, damit Polen, Tschechen und Deutsche wieder gemeinsam singen und beten können? Und wer bezahlt das alles zum größten Teil aus der eigenen Tasche? Es sind die Heimatvertriebenen, die in ihrer berühmten Charta bereits im Jahre 1950 auf Rache und Vergeltung verzichteten und sich stets daran hielten.“

Die Ostpreußen fragen sich, wo denn die deutsche Ostpolitik in den vergangenen 25 Jahren im Sinne eines fairen gegenseitigen Gebens und Nehmens einen Ausgleich im deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Verhältnis erreicht hat. Die Außenminister Kinkel und Bartoszewski und vorher Genscher und Skubiszewski stehen für die Politik einer Einbahnstraße, auf der nach

der Wende den deutschen Vertriebenen so gut wie nichts, den Vertreiberstaaten aber alles zugestanden wurde.

Meine Damen und Herren, liebe Schicksalsgefährten,

mit Bitterkeit, Enttäuschung, Ärger und Politikverdrossenheit stellen die Ostpreußen fest, daß den Heimatvertriebenen das Menschenrecht „Recht auf die Heimat“ immer noch vorenthalten wird. In den, nach der Wende mit den Nachbarstaaten im Osten abgeschlossenen Verträgen, sowie in der deutsch-tschechischen Deklaration ist weder für das Recht auf die Heimat noch für die Wiedergutmachung individueller Vermögensverluste, auch nicht ansatzweise, eine Lösung enthalten.

Es gibt bisher auch keine innerstaatlich gesicherten Volksgruppen- und Minderheitenrechte nach dem Standard der UNO für unsere in der Heimat verbliebenen Brüder und Schwestern.

Die Vertreiberstaaten haben bisher auch nicht das Verbrechen der Vertreibung beim Namen genannt und sich zu dieser Schuld bekannt. Die ernstliche strafrechtliche Ermittlung, Verfolgung und Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der Vertreibung der Deutschen wurde bisher nicht angegangen.

Bei allen bilateralen Abmachungen mit den Vertreiberstaaten wurden die demokratisch legitimierte Vertreter der Vertriebenen ausgegrenzt. Der Verständigungsprozeß, soweit er bisher vorangetrieben werden konnte, geschah unter Ausschluß der Opfer und Betroffenen. Dies beklagen wir nachdrücklich und stellen fest, daß damit einer segensreichen und dauerhaften Verständigung die Grundlage fehlt.

Wir werden immer wieder gefragt, was wir denn eigentlich noch wollen. Nun, wir wollen, daß die eben dargelegten Versäumnisse der Politik endlich aufgearbeitet werden.

Und wir wollen die Möglichkeit haben, in der Heimat Eigentum zu erwerben, woran Deutsche bis heute gehindert sind. Es muß doch möglich sein, mit dieser Diskriminierung Schluß zu machen, nach allen Vorleistungen, die die deutsche Seite erbracht hat. Hier zeigt sich das, was Herbert Czaja, der kürzlich verstorbene Freund Ostpreußens und Ehrenpräsident des BdV immer wieder beklagt hat: Eine gravierende Unausgewogenheit zu Lasten der Deutschen im deutsch-polnischen, deutsch-russischen und deutsch-tschechischen Verhältnis.

Als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, die die einzige demokratisch legitimierte Vertretung der heimatvertriebenen und nachgeborenen Ostpreußen ist, muß ich einige kritische Anmerkungen zum Heimatbegriff des tschechischen Präsidenten Vaclav Havel machen. Leider habe ich an dieser Stelle nicht die Zeit, mich ausführlich mit Havels Rede vom 24. April im Bundestag auseinanderzusetzen, weshalb meinen kritischen Anmerkungen die filigrane Ausformulierung fehlt.

In Tschechien, so hat er ausgeführt, wird das Recht auf die Heimat, wie es weltweit interpretiert wird, abgelehnt, weil dahinter eine gehobene Bezeichnung für einen schlichten territorialen Anspruch gesehen wird. Dies wird von Havel dadurch begründet, indem er über den, in seinen Augen zweideutigen Begriff Heimat ausführlich philosophiert. Der tschechische Präsident kommt zu dem Schluß, daß Heimat nicht mehr ein Gegenstand der Vergötterung sein dürfte, sondern eine offene Struktur haben sollte, ein Bindeglied, das uns mit dem Universum verbindet und zu konkreten Bemühungen um ein sinnvolles Dasein auf dieser Welt anspornt. Und an anderer Stelle führt er an, daß Heimat, als offene Struktur betrachtet, die Gefühle vom eng begrenzten Provinzialismus zu einer Region oder einem Kontinent hinwenden könne. Früher oder später werden die Europäer auch Europa als ihre Heimat empfinden müssen. Und er schließt mit einem Appell, daß Europa viel deutlicher zur Heimat unserer gemeinsamen Werte, wie Bewahrung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Bürgergesellschaft, Marktwirtschaft und des Umweltschutzes werden müsse, weil wir eine gemeinsame Heimat der Gedanken, Werte und Ideale teilen.

Meine Damen und Herren,

Vaclav Havel gibt dem Heimatbegriff eine universale Bedeutung. Er verlagert die Interpretation in die Ebene des abstrakten Geistes. Wenn er aus Gründen der tschechischen Staatsräson meint, den Heimatbegriff so interpretieren zu müssen, dann ist das seine Sache. Mit praktischer Politik hat das nichts zu tun. Wir brauchen seine Ausführungen nicht widerspruchlos hinzunehmen und schon gar nicht Beifall dazu klatschen. Die Ostpreußen widersprechen Havel entschieden. Warum ließ Havel bei seiner philosophischen Betrachtung die entsprechenden UNO-Resolutionen zum Recht auf die Heimat völlig außer acht? Dort heißt es: „Right to return to their Home and Property,“ d.h.: „Das Recht aller Vertriebenen, zur Heimstätte und zum Vermögen zurückzukehren.“ Vom Vermögen oder Eigentum sprach Havel mit keiner Silbe. Warum ließ er die Mahnung von Papst Johannes Paul aus dem Jahre 1987 außer acht, wenn dieser sagt: „Umsiedlung und Vertreibung können niemals die endgültige Antwort auf das Leid der davon betroffenen Menschen sein. Sie haben ein Recht darauf, zu ihren Wurzeln zurückzukehren, heimzukehren.“

Der Begriff Heimat, unter dem man bisher den engsten und individuellsten Lebensraum des Einzelnen verstand, soll nach Havel nun eine universale Dimension erhalten. Das bedeutet, daß die Individualität des durch seine engste Umgebung geprägten Menschen aufgelöst wird zugunsten eines amorphen, gestaltlosen Ganzen, subsumiert unter der Vision „Europa“.

Sollten damit Sprache, Dialekt, Tracht, Volksliedgut, Brauchtum, geprägt durch die heimatliche Landschaft, die Religion, Eltern, Verwandtschaft, die Nachbarn nur noch untergeordnete Bedeutung haben? Dahinter steht doch eigentlich der One-World-Gedanke: Globalisierung! Haben wir das nicht alles schon einmal gehabt und ist das nicht restlos gescheitert? Stichwort: Der Sowjet-Mensch.

Eine Politik, die nicht mehr als oberstes Ziel das Recht und die Würde, die Individualität des Einzelnen im Auge hat, sondern sich nur noch europäisch oder weltweit global ausrichtet, wird in der Konsequenz zutiefst inhuman.

Die Ostpreußen, auch ein großer Teil der nun schon mitten im Leben stehenden Bekenntnisgeneration, werden sich den an Ostpreußen gebundenen Heimatbegriff nicht nehmen lassen. Wenn wir vom Recht auf die Heimat der Ostpreußen sprechen, dann meinen wir Ostpreußen und seine Regionen, seine Städte und Dörfer und nicht irgendein Wolken-Kuckucks-Heim. Wir meinen das Samland und die Nehrungen, das Ermland und die Rominter Heide, aber auch Masuren und das Memelland, das Oberland, Natangen und die Johannisburger Heide, aber auch die Alle und die Deime, den Pregel, die Memel, den Galtgraben, die Haffs, die Städte und Dörfer Ostpreußens.

Ein Teil der Dörfer in unserer Heimat ist nicht mehr. Trotzdem ist der Platz, an dem sie waren, Heimat, und sie gehören zu unserer geistigen Heimat. Mein Vater lehrte mich einst einen Reim mit ostpreußischen Dorfnamen, ich will ihn hier nennen, weil er verkörpert, was uns Ostpreußen Heimat ist. „Niebusch, Kusse, Tulle, Unwillpiche, Plimball, Schuggere, Wanaguppchen, Kickwede, Dede, Karzampuchen, Michel, Mauschel, Dargen, Zwier, sie sind unserer Heimat Zier.“

Ein besonderes Ärgernis für die Ostpreußen habe ich am 24. Januar dem Bundeskanzler vorgebracht. Es ist die Tatsache, daß wir beim Besuch unserer Heimat - was das nördliche Ostpreußen angeht - einen Eintritt in Form der Visagebühr bezahlen müssen. Herr Bundeskanzler, nach den milliarden schweren Vorleistungen der Bundesrepublik an Rußland ist das für die Ostpreußen nicht zu ertragen. Sorgen Sie dafür, daß dieser Zustand baldmöglichst ein Ende findet.

Wenn man auf der früheren Reichsstraße 1, die von Aachen nach Königsberg führte, mit dem Pkw nach Königsberg fährt, liest man heute ostwärts der Oder ständig „E 22“, Europastraße 22. In der Mitte Ostpreußens hören die wunderschönen Alleen auf, um einem elektrisch geladenen Grenzzaun und den bewachten Abfertigungsanlagen Platz zu machen. Alles doppelt, Polen und Russen mit getrennter Abfertigung. Jedesmal ein neuer Schock, ein Schmerz, ein nicht zu fassender Zustand. Ende der Europastraße 22? Nein, die Europastraße muß im europäischen Sinne weitergebaut werden. Viele Menschen setzen in dieses Ziel ihre Hoffnung. Auch wir machen uns dieses Anliegen zu eigen.

Damit bin ich beim Königsberger Gebiet, das heute unter russischer Souveränität steht. Die wirtschaftliche Lage dort ist äußerst kritisch. Zwar ist das Warenangebot zufriedenstellend, aber aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und nicht vorhandener Kaufkraft gibt es keine Käufer in den Läden.

Der neue Gouverneur Gorbenko - ein Mann der Wirtschaft - will für eine Änderung zum Besseren sorgen. Gelingen wird das nur, soweit die gravierende Abhängigkeit Königsbergs von Moskau beseitigt werden kann. Es hat den Anschein, als gehöre die Zukunft einem Rußland der einzelnen

Regionen. Davon gibt es mehr als 80 in der russischen Föderation. Eine davon ist heute Königsberg. Aber es ist nicht nur eine Region. Es ist das Kernland des Ordensstaates und das Kernland des späteren Herzogtums Preußen.

Es ist unsere Heimat und, wie ich schon ausführte, eine durch Deutsche geprägte europäische Kulturlandschaft, zu der bis zum heutigen Tag jahrhundertalte geistige, kulturelle und emotionale Bindungen bestehen.

Deshalb erfüllt es uns mit Zorn, wenn, wie im letzten Sommer geschehen, der deutsche Botschafter in Moskau davon spricht, daß Königsberg heute für die Bundesrepublik eine russische Region sei, wie jede andere Region in der russischen Föderation auch. Was für eine erbärmliche Geisteshaltung steht hinter einer derartigen Äußerung. Genscherismus pur habe ich das damals in einem Kommentar im Ostpreußenblatt genannt.

Der Vorsitzende des geopolitischen Ausschusses des russischen Parlaments, Mitofanow, empfahl erst vor wenigen Tagen seiner Regierung, mit der Bundesrepublik Verhandlungen über Königsberg aufzunehmen.

Der Königsberger Bürgermeister, er spricht es in seinem Grußwort zum Deutschlandtreffen an, bittet uns, tatkräftig am Wiederaufbau des Landes mitzuwirken. Die Spitze der Gebietsverwaltung wirbt um Investitionen aus der Bundesrepublik. Auch die Bundesregierung beweist durch ihre erweiterte humanitäre Hilfe für Königsberg, daß eben dieses Gebiet nicht eine beliebige Region unter anderen Regionen der russischen Föderation ist.

Nicht übertreffen lassen sich die heimatvertriebenen Ostpreußen und deren Nachkommen bei der humanitären Hilfe und dem Wiederaufbau des Landes. Die heutigen Bewohner Ostpreußens sind für jedwede Hilfe dankbar.

Der in Königsberg lehrende russische Germanist Prof. Gilmanow berichtete in einem Interview im Ostpreußenblatt, daß von den vertriebenen Ostpreußen eine positive Atmosphäre für das deutsch-russische Verhältnis ausgehe.

Bei der Erhaltung der kulturhistorischen Bausubstanz konnten wir bereits schöne Erfolge verzeichnen.

Uns Ostpreußen steht der russische Mensch in mancher Hinsicht geistig und gefühlsmäßig näher als mancher westeuropäische Nachbar. Das ist nicht verwunderlich, denn Rußland ist und bleibt ein Teil Europas.

Für Königsberg kann nur die fortschreitende Annäherung an die europäischen Strukturen anzustreben sein im Sinne der Kantschen Schrift vom Ewigen Frieden. Unser Verhältnis, das Verhältnis der heimatvertriebenen Ostpreußen zur heutigen Mehrheitsbevölkerung im dreigeteilten Ostpreußen ist frei von Ressentiments. Gleichwohl ist dieses Verhältnis noch verbesserungsfähig. Voraussetzungen dazu muß die Politik erbringen, indem die Versäumnisse, von denen ich sprach, beseitigt werden. Die Menschen - hüben und drüben - haben das ihrige getan. Die Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen beweisen bis zum heutigen Tag, daß unsere Aussagen in der Charta von 1950 keine leeren Worte sind.

In einer lebendigen Demokratie muß auch für Gewissensfreiheit Raum sein. Aus Gewissensgründen haben wir den Grenzbestätigungs-Vertrag mit Polen nicht mittragen können. Durch ihn wurde den Heimatvertriebenen ein besonders hartes Sonderopfer auferlegt. Die Grenzen an Oder und Neiße sowie im Inneren Ostpreußens sind Unrechtsgrenzen. Sie werden jedoch mit dem Ableben der Erlebnissgeneration im Bewußtsein der Menschen nach und nach ihren Unrechtscharakter verlieren.

Gleichwohl bleibt festzustellen: Unsere Ahnen haben mit unbeschreiblicher Mühe und mit Fleiß das Land besiedelt und kultiviert. Wir wären ihrer unwürdig, wenn das empfangene Erbe für ein Linsengericht verschleudert würde. Dies festzustellen gebieten uns unsere Würde, unser Gewissen und auch unsere Ehre.

Unser Bekenntnis zur Heimat ist unser Bekenntnis zur Freiheit.
Unser Bekenntnis zur Heimat ist unser Bekenntnis zum Recht.
Unser Bekenntnis zur Heimat ist unser Bekenntnis zum Frieden.
Unser Bekenntnis zur Heimat ist unser Bekenntnis zu den deutschen Volksgruppen im dreigeteilten Ostpreußen.
Nur Gerechtigkeit schafft Frieden.

Gott schütze Ostpreußen, Gott segne Ostpreußen und seine Menschen.

Aus den vielen Zuschriften als positive Resonanz auf die Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen beim Deutschlandtreffen 1997 soll hier exemplarisch das Schreiben von Weihbischof Gerhard Pieschl aufgenommen werden:

GERHARD PIESCHL
WEIHBISCHOF

6250 LIMBURG, LAHN I
ROSSMARKT 4

17. 6. 97

Ihr verehrter Herr v. Juchacz!

Herzliche danke ich Ihnen für Ihre Rede beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Büseldorf.

Ich danke Ihnen für Ihr Standfestes und keines Eintretens auch für die Sache der Süddeutschen.

Mit freundlichen Grüßen,
H. + Juchacz.

Druckerei Dieter Broschat, Hohenwestedt
September 1997